

Antrag

Hannover, den 04.01.2021

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Norddeutschen Schiffbau stärken und zukunftsfest aufstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat der maritimen Wirtschaft in Norddeutschland einen schweren Schlag versetzt. Die Produktion musste teilweise unterbrochen werden, Lieferketten brachen ab, und Aufträge waren und sind stellenweise immer noch gefährdet.

Die gesamte Wertschöpfungskette der maritimen Wirtschaft umfasst bundesweit mehr als 200 000 Arbeitsplätze, und allein die norddeutschen Werften beschäftigen annähernd 20 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch die Küsten- und Binnenschifffahrt sowie die Umschlagbetriebe und die Hafeninfrastuktur stellen ein hohes wirtschaftliches Wertschöpfungspotenzial für die jeweiligen Regionen in Niedersachsen dar. Alle Faktoren unserer maritimen Wirtschaft wirken weit in unser Land hinein.

Zusätzlich zu den Auswirkungen der Pandemie befindet sich unsere maritime Wirtschaft in einem umfangreichen Transformationsprozess mit Blick auf Digitalisierung und Umweltschutz, wodurch Flottenerneuerungen in allen Schifffahrtsbereichen anstehen. Die Fokussierung der deutschen maritimen Wirtschaft liegt hierbei auf anspruchsvollen Hightech-Segmenten wie Kreuzfahrtschiffen, Yachten, Fähren und Spezialschiffen sowie dem Umbau und der Reparatur. Der durch COVID-19 verursachte Auftragseinbruch hat diesen Hightech-Nischenmarkt sehr stark in Mitleidenschaft gezogen: Kreuzfahrt- und Fährschiffe machten im ersten Halbjahr 2020 mit 0,5 Milliarden US-Dollar nicht einmal 4 % der Gesamtinvestitionen für Schiffsneubauten aus - ein Rückgang von über 95 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Herausforderungen an internationalen Märkten für unsere maritime Wirtschaft machen daher gemeinsame Anstrengungen des Bundes in Kooperation mit den norddeutschen Küstenländern notwendig. So ist die Umsetzung des Beschlusses, nach dem nun auch der Bau von Überwasserschiffen für die deutsche Marine als nationale Schlüsseltechnologie definiert wird, ein wesentlicher und wichtiger Schritt für zukünftige Auftragserteilungen.

Ein klares Indiz hierfür ist die Vergabe des Mehrzweckkampfschiffes MKS 180 an eine niederländische Werft im Januar 2020. Am 19.06.2020 wurde dieser Vertrag mit einem Volumen in Höhe von 5 723 Millionen Euro abschließend zwischen der Damen-Werft und dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) unterzeichnet. Auch wenn Teile der Wertschöpfung durch die Beteiligung deutscher Werftstandorte im Inland verbleiben, ist dennoch ein Verlust an Kernkompetenzen in einer wichtigen Schlüsseltechnologie zu befürchten.

Zu den wichtigsten Herausforderungen zählt weiterhin die Umstellung der Schifffahrt hin zu umweltfreundlichen Technologien, Treibstoffen und Antrieben, um die Branche so auf eine klimaneutrale Basis zu stellen. Eine verstärkte norddeutsche Zusammenarbeit muss hier Impulse zur Entwicklung klimaschonender Technologien geben.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. zeitnah Gespräche mit betroffenen Schiffbauunternehmen, den Zulieferern und weiteren Akteuren aus der maritimen Wirtschaft über die Zukunft und den Erhalt der Arbeitsplätze an den niedersächsischen Standorten zu führen und gemeinsam mit den Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern Lösungen zu entwickeln,

2. sich gemeinsam mit allen norddeutschen Bundesländern bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Erhalt der Schiffbau- und meeres technischen Kompetenzen in Deutschland im Vordergrund steht und somit eine größtmögliche Wertschöpfung bei unseren norddeutschen Werften sowie ihren deutschlandweiten Zulieferern verbleibt,
3. zur Unterstützung der maritimen Wirtschaft mit der Bundesregierung und weiteren Bundesländern auszuloten, welches Potenzial durch ein Vorziehen von ausstehenden Flottenerneuerungen der Deutschen Marine sowie Behördenschiffen auf Bundes- und Landesebene besteht,
4. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Beschlüsse der Bundesregierung mit Auswirkung auf die Schlüsseltechnologie „deutscher Marineschiffbau“ auch auf Ausschreibungen bei notwendigen Instandsetzungen sowie Generalüberholungen der Einsatzmittel Berücksichtigung finden,
5. in regelmäßigen Gesprächen zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern eine gemeinsame Strategie zur Zukunft und nachhaltigen Förderung der Schiffbauindustrie in Deutschland zu entwickeln; hierfür sollten von Beginn an Vertreter der Branchenverbände und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einbezogen werden,
6. Forschung und Entwicklung von Technologien zur Emissionsreduzierung in der Schifffahrt gezielt durch Modellversuche und Reallabore zu fördern.

Begründung

In Deutschland blickte die Schiffbauindustrie vor COVID-19 auf eine gute Entwicklung der Branche mit steigenden Aufträgen, Umsätzen und Beschäftigung. Infolge der Pandemie sind große Teile des Marktes innerhalb weniger Wochen zusammengebrochen. Die Folgen sind Kurzarbeit und wirtschaftliche Unsicherheit. Unabhängig von den Folgen der Pandemie bestehen aktuell keine fairen Wettbewerbschancen im internationalen Vergleich, da andere Werften staatlich subventioniert oder sogar vollkommen in Staatshand sind. Um die Konkurrenzfähigkeit zu stärken und im Wettbewerb um Innovation und Know-how weiterhin zu bestehen, ist eine intensive Zusammenarbeit auf Bundesebene ebenso entscheidend wie der Zusammenhalt der norddeutschen Länder bei der zukünftigen Ausgestaltung der maritimen Wirtschaft.

Der Verbleib von öffentlichen Aufträgen in der heimischen Produktion stellt hierbei einen wichtigen Faktor zur Unterstützung der inländischen Werften und Zulieferer dar und sichert langfristig auch in Niedersachsen die Arbeitsplätze der vielen Beschäftigten im Schiffbau.

Durch ein möglichst einfaches und schnelles Vergabeverfahren erhöht sich die Planungssicherheit für die Betriebe, und die schwierige Auftragslage könnte besser organisiert werden. Die im Juni 2020 vom Bundestag beschlossene Maßnahme der vorgezogenen Beschaffung von Behörden- und Forschungsschiffen sowie Marinefahrzeugen bzw. Teilaufträge für Planung und Konstruktion vorzeitig zu vergeben, ist ein entscheidender Schritt für die Werften und Zulieferer.

Zudem besteht in der aktuellen Krise auch eine wichtige Chance in dem wachsenden Druck, Schiffsemissionen zu reduzieren und die Schifffahrt zu dekarbonisieren. Mit Blick auf den Klima- und Umweltschutz sind die öffentlichen Investitionsmittel für Forschung und Entwicklung auszuweiten. Innovation und Fortschritt sind im Schiffbau entscheidend und können in diesen Krisenzeiten das Überleben der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen sichern.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 08.01.2021)